NACHRICHTEN

Polizei fasst Gesuchten bei Routinekontrolle

Pirna. Eine Busreise endete gestern für einen Brandenburger im Gefängnis. Der 49-Jährige war mit drei Haftbefehlen gesucht worden. Wie die Bundespolizei mitteilte, saß er in einem internationalen Reisebus, der von den Beamten bei Pirna kontrolliert wurde. Dabei zeigte das Fahndungssystem einen Treffer an: Wegen Trunkenheit im Verkehr und anderen Delikten sollte der Mann 3272 Euro Strafe zahlen. Da er nicht flüssig war, wurde er der Justiz übergeben. Nun muss er ein knappes Jahr hinter Gitter. (dpa)

Ab Montag entstehen die Schneeskulpturen

Neuhermsdorf. Am Landhotel „Altes Zollhaus“ in Neuhermsdorf im Osterzgebirge entstehen ab heute die zehn Blöcke für den Schneeskulpturenwettbewerb. Am Montag geht es los: Zehn Künstler werden aus dem Schnee Skulpturen zum Thema „Im Reich der Götter und Sagen“ formen. Täglich ab 10 Uhr dürfen Schaulustige zuschauen. Am Freitagnachmittag werden die Kunstwerke prämiert. Bis zur Schneeschmelze können die Skulpturen dann besichtigt werden. (SZ)

Polizei stellt Bewaffnete auf der A 4 bei Görlitz

Görlitz. Die Polizei hat in der Nacht zum Mittwoch bei Görlitz zwei bewaffnete Männer gestellt. Sie waren auf der A 4 in Richtung Polen unterwegs. Der erste Fahrer ignorierte mehrfach die Aufforderung zum Anhalten. Erst mithilfe einer zweiten Streife konnte er gestoppt werden. Beide Fahrer hatten eine schussbereite Luftdruckpistole bei sich, einer ein Springmesser mit mehr als zehn Zentimeter langer Klinge. Es wurden Strafverfahren eingeleitet. (dpa)

Stanislaw Tillich reist im März nach Vietnam

Dresden. Vom 25. bis 31. März reist Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) mit Unternehmern nach Vietnam. Geplant ist auch ein Treffen mit Premierminister Nguyen Tan Dung. Die Staatskanzlei verwies auf die langjährige Freundschaft zwischen Vietnam und Sachsen. Viele Vietnamesen studierten oder arbeiteten in der DDR; heute haben sie Führungspositionen in ihrer Heimat. (dpa)

Vermisster im Erzgebirge tot aufgefunden

Zwickau. In Breitenbrunn bei Schwarzenberg im Erzgebirge ist gestern ein seit dem Vortag Vermisster tot aufgefunden worden. Er starb vermutlich an den Folgen eines Sturzes, sagte ein Polizeisprecher in Zwickau. Anhaltspunkte für ein Verbrechen gebe es nicht. Der 61-Jährige lebte in einem Heim für betreutes Wohnen. 50 Polizisten hatten gestern auch mit Hunden nach ihm gesucht. Die Leiche wurde in einem Wald entdeckt. (dpa)

Blick durch den Rußfilter



Lehrling Ina Schmoll von der Firma HJS Fahrzeugtechnik GmbH & Co KG betrachtet auf der Messe Enertec in Leipzig einen Sintermetall-Filter zur Rußfilterung von Abgasen aus Bussen und Lkws. Auf zwei Messen – der Terratec und der Enertec, zeigen bis heute rund 500 Aussteller aus 16 Ländern ihre Neuheiten aus den Bereichen Umwelt- und Energietechnik. Foto: dpa/Hendrik Schmidt

Lehreraktion vor dem Start der Tarifrunde

Dresden. Mit einer Aktion in der Dresdner Innenstadt haben Sachsens Lehrer gestern auf ihre Tarifforderungen sowie auf die Folgen der Sparpolitik im Schulbereich aufmerksam gemacht. Dabei zersägten sie unter anderem symbolisch einen etwa sieben Meter langen Rotstift und berichteten über ihre beruflichen Belastungen. Die Veranstaltung war Teil einer bundesweiten Aktionswoche, die bis zum Sonnabend andauern soll.

Bei den Tarifverhandlungen ab dem 4. Februar in Potsdam für die öffentlich Bediensteten fordern die Beamtengewerkschaften eine Einkommenserhöhung von 50 Euro und eine lineare Gehaltssteigerung von drei Prozent. Dies sei „realistisch, angemessen, gerecht und bezahlbar“, erklärten die Gewerkschaften. Jeder dritte Lehrer leide unter Stress- und Belastungssymptomen. „Wer an Bildung spart, investiert in Arbeitslosigkeit“, sagte der Chef des Sächsischen Lehrerverbandes, Jens Weichelt. (dpa)

SACHSENS BEHÖRDENUMBAU

Tausenden droht Zwangsumzug

Der von der Staatsregierung geplante Behördenumbau stößt auch bei Mitarbeitern der Aufbaubank auf Skepsis. Am Ende könnte vieles länger dauern als geplant.

Von Gunnar Saft
SAFT.GUNNAR@DD-V.DE

Das große Zittern wird noch etliche Monate anhalten. Frühestens Ende Mai, so bestätigte gestern Sachsens Staatsregierung, soll feststehen, wie viele der 87 000 Landesbeschäftigten aufgrund des geplanten Behördenumbaus ihre Umzugskoffer packen müssen.

Auch unter den 950 Mitarbeitern der Sächsischen Aufbaubank (SAB) in Dresden sorgen die angekündigten Listen für Unruhe. Die völlig überraschende Entscheidung der CDU-FDP-Koalition, dass das staatliche Finanzinstitut künftig seinen Hauptsitz nach Leipzig verlegen muss, stellt viele vor eine schwierige Entscheidung: Umziehen, täglich pendeln oder aufhören?

Die Stimmung sei „katastrophal“ gewesen, als die Mitarbeiter von dem Beschluss erfuhren, erklärt der SAB-Vorstandsvorsitzende Stefan Weber. Allerdings beruhigt der Bankfachmann auch. „Wir werden das Problem auf keinen Fall arbeitsrechtlich austragen, sondern nach den besten Lösungen für alle Betroffenen suchen.“ Als hilfreich könnte sich dabei erweisen, dass ein kurzfristiger Umzug nach Leipzig für die Bank ohnehin unmöglich ist. Die aktuelle Umstellung auf ein neues Techniksystem und viele bis 2013 abzuwickelnde Förderprogramme werden die SAB noch mindestens zwei Jahre in Dresden binden. Sogar ein Umzugsaufschub bis 2015 gilt aus diesen Gründen nicht als ausgeschlossen. Kein Wunder, dass Stefan Weber offiziell keinen Zeitdruck sieht. Es sei jetzt an der Regierung, die Aufbaubank über Details des Projekts zu informieren. Ende März werde dann der SAB-Verwaltungsrat tagen – dem mit Finanzminister Georg Unland (CDU) und Wirtschaftsminister Sven Morlok (FDP) übrigens auch zwei Regierungsmitglieder angehören.

Freistaat zögert mit Finanzhilfe

Bis dahin dürfte es zu einem heftigen Tauziehen hinter den Kulissen kommen. Dass in Leipzig künftig fast alle SAB-Geschäfte abgewickelt werden, ist intern nämlich umstritten. Weil die landeseigene Förderbank vor allem staatliche Programme betreut, gilt eine entsprechend große Außenstelle am Regierungssitz Dresden als unverzichtbar. Erste Stimmen sprechen gar von künftig zwei gleichstarken Standorten.

Unklar ist bisher aber auch noch, ob der Freistaat jene Landesbeschäftigte unterstützt, die durch den landesweiten Behördenumbau künftig ihren Arbeitsplatz in anderen Städten haben werden. Das Finanzministerium stellte vage eine Jobbörse in Aussicht. Ob es auch Finanzhilfen gibt, wäre noch unklar.

Dafür sind nun Kabinettsmitglieder unterwegs, um Betroffene von den Reformplänen zu überzeugen. Staatsminister Johannes Beermann (CDU) sprach gestern vor 170 Mitarbeitern des Landesrechnungshofs, die von Leipzig nach Döbeln umziehen sollen. Rechnungshofpräsident Karl-Heinz Binus: „Wir sind schon etwas überrascht, aber nicht aufgeregt.“ Diese Gelassenheit hat einen Grund. Die Mietverträge für die Büros in Leipzig-Paunsdorf können nicht vor 2020 gekündigt werden.

Gewerkschaft der Polizei warnt vor „Kahlschlag“

Dresden. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat die geplante Ausdünnung der sächsischen Polizei scharf kritisiert. „Das ist der befürchtete Kahlschlag“, sagte der Chef der GdP-Sachsen, Hagen Husgen, der SZ. Die Gewerkschaft werde sich entschieden gegen den geplanten Abbau von 2631 Stellen bis 2020 stellen. „Auch die darüber hinaus geplante Streichung von weiteren 800 Stellen müssen wir verhindern“, sagte Husgen.

Fatal sei die Herabstufung von 41 der 72 Polizeireviere zu „Standorten“. „Sie müssen durchgehend besetzt werden“, forderte Husgen. Der geplante verstärkte Einsatz von Bürgerpolizisten sei lediglich „eine Beruhigungspille für die Bevölkerung“, so der Gewerkschafter.

Die Linksfraktion wertete die künftige Polizei-Struktur als „Bankrotterklärung des Innenministers zur öffentlichen Sicherheit im Freistaat“. (SZ/abi)

„Der Verwaltungsumbau darf nicht auf Kosten der Bürgernähe gehen“

Der Chef des Sächsischen Beamtenbundes, Günter Steinbrecht, fordert Maßhalten beim Umbau.

Herr Steinbrecht, wird es Gegenwehr gegen die Pläne der Staatsregierung geben?
Widerstand gibt es doch schon seit Längerem – beispielsweise bei der Polizei. Das hat die Staatsregierung aber bisher nicht von ihrem Konzept abweichen lassen. Wir werden darum jetzt eher darauf drängen, bei der Ausarbeitung des Feinkonzepts mitzuarbeiten. Was uns bisher vorliegt, ist ja erst mal nur ein Grobkonzept.



Günter Steinbrecht Foto: Archiv

Was wollen Sie erreichen?
Es ist zwar richtig, dass die Regierung sich vorausschauend verhält und die Verwaltung der schrumpfenden Einwohnerzahl anpasst. Aber was jetzt an Verwaltungsumbau unter dem Etikett „Staatsmodernisierung“ läuft, darf nicht auf Kosten der Bürgernähe gehen.

Und wie wollen Sie den Mitarbeitern in der Verwaltung die Sorge um ihren Job nehmen?
Das Ganze wird doch nicht über Nacht vollzogen. Wir können im Grunde froh sein, dass dieser Verwaltungsumbau 10 bis 15 Jahre vorher angekündigt wird. Jeder kann sich also langfristig darauf einstellen. Für die meisten wird es eine sozialverträgliche Lösung geben.

Welche Chance haben die Betroffenen, sich zu wehren?
Bei Behördenverlagerungen per Kabinettsbeschluss ist das Ganze quasi Gesetz. Der einzelne Beschäftigte kann wenig dagegen ausrichten. Beamte sind grundsätzlich landesweit versetzbar. Wer sich als Angestellter weigert, muss mit einer Änderungskündigung rechnen – und muss dann für sich entscheiden, ob er nicht doch lieber 60 Kilometer Anfahrtsweg in Kauf nimmt, bevor er sich arbeitslos meldet.

■ Das Gespräch führte Annette Binninger

Frage der Woche

■ **Wird bei Sachsens Polizei zu sehr gespart?**
Schreiben Sie uns. Eine Auswahl Ihrer Leserbriefe finden Sie am Sonnabend nächster Woche auf der Seite „Leserforum“. Senden Sie Ihre Ansichten bitte schriftlich, als Fax oder als E-Mail an:

Sächsische Zeitung
Redaktion Leserbriefe
Ostra-Allee 20
01067 Dresden
sz.leserbriefe@dd-v.de
Telefax: 0351/48 64-27 96

Massenerkrankung von Schülern gibt den Ärzten Rätsel auf

Offenbar war das Norovirus doch nicht am Kollaps von 16 Gymnasiasten in Freital schuld. Was dann?

Von Jörg Stock
STOCK.JOERG@DD-V.DE

Was hat 16 Schüler des Weißeritzgymnasiums Freital am Dienstagmorgen so krank gemacht, dass Scharen von Sanitätern anrückten und die Schule evakuiert werden musste? Die Mediziner wissen es nicht. So lautete die Mitteilung von Vize-Landrätin Kati Hille gestern Nachmittag. Es handele sich mit ziemlicher Sicherheit doch nicht um das Norovirus, sagte sie. Alle Tests seien negativ verlaufen. Man gehe aber weiter von einer viralen Infektion aus.

Kurz nach Unterrichtsbeginn am Dienstag hatten die Jugendlichen aus den Klassenstufen 5 und 7 beim Sportunterricht plötzlich mit Übelkeit, Bauchkrämpfen, Fieber und Kreislaufproblemen zu kämpfen. Rettungsdienst, Feuerwehr und Polizei eilten mit einem Großaufgebot herbei. Die Schule wurde abgeriegelt, die Jugendlichen kamen ins Freitaler Krankenhaus sowie in zwei Dresdner Kliniken.



Am Dienstagmorgen mussten Rettungskräfte 16 Freitaler Gymnasiasten ins Krankenhaus bringen. Inzwischen geht es laut Schulleitung allen wieder gut. Die Ursache bleibt unklar. Foto: Robert Michael

Am Einsatzort hatten sowohl Einsatzleiter Ulf Aschenbrenner als auch die leitende Notärztin Steffi Mixsa erklärt, dass es sich mit hoher Wahrscheinlichkeit um das Norovirus handle. Bei den eingelieferten Schülern wurden Stuhl- und Blutproben genommen, um letzte Sicherheit zu erhalten.

Gestern Abend erklärte Steffi Mixsa im Freitaler Krankenhaus, man habe neben den Tests auf Noro auch nach drei weiteren geläufigen Virenarten gesucht, die ähnliche Krankheitssymptome hervorrufen. Auch dies sei ergebnislos verlaufen. Für weitere Tests stünden noch Blutproben zur Verfügung. Doch diese „ins Blaue hinein“ zu untersuchen, sei bei der Vielzahl möglicher Erreger wenig erfolgversprechend, sagte die Medizinerin. Man brauche schon konkrete Anhaltspunkte, wonach man suchen müsse.

Beim Landkreis, Träger des Weißeritzgymnasiums, bezeichnete Vize-Landrätin Kati Hille die Situation gestern als unbefriedigend. Man brauche Gewissheit für den weiteren Schulbetrieb und für die Information der Eltern, sagte sie. Für heute Nachmittag wurde eine Pressekonferenz angekündigt. Bis dahin hofft man, mehr Informationen in der Hand zu haben.

Im Gymnasium lief der Unterricht gestern planmäßig wieder an. Allerdings gab es viele Krankmeldungen. Die Sporthalle blieb noch geschlossen. Sie geht nach der Desinfektion heute wieder in Betrieb.

Autospuren im Schnee überführen Kupferdiebe

Dippoldiswalde. Autospuren im Schnee haben die Polizei im Osterzgebirge zu zwei gesuchten Buntmetalldieben geführt. Einer der beiden war am Dienstagabend beobachtet worden, als er an einem Haus in Dippoldiswalde ein Fallrohr abriss, teilte die Polizei gestern mit. Als die Beamten erschienen, war der Tatort zwar verlassen, aber Spuren wiesen die Richtung. In Altenberg wurde das Auto gestoppt. Ein 29-Jähriger und eine 28-Jährige wurden festgenommen. Im Wagen befand sich fast ein Zentner Kupfer.

In Chemnitz wurden Bewohner eines Mehrfamilienhauses auf einen Kupferdieb aufmerksam, als ihre Fernsehgeräte ausfielen. Der Mann, der noch bei der Flucht gesehen wurde, hatte aus einem Verteiler im Treppenhaus die Kupferdrähte herausgerissen. (dpa)